

Beschluss Leitantrag Gemeinsam, solidarisch, links!

Einreichende: Stadtvorstand

Präambel

Das Wahljahr 2019 stellt für DIE LINKE einen tiefen Einschnitt dar. Wir müssen herbe Verluste bei den Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen verkraften und stehen in den nächsten Jahren auf allen politischen Ebenen vor existentiellen Herausforderungen, denen wir uns auch als Stadtverband stellen müssen. Wir haben landesweit zehntausende Wähler*innen, über 350 kommunale Mandate und 13 Landtagsmandate verloren. Auch in Chemnitz müssen wir den Verlust von 5 Sitzen im Stadtrat und einem Landtagsmandat verkraften. Noch schwerer aber wiegt, dass insgesamt unsere Rolle im sächsischen Parteiensystem in Frage gestellt scheint. Wir schaffen es zurzeit offensichtlich nicht mehr so gut, den Menschen unsere politischen Angebote als für sie hilfreich und relevant zu vermitteln. Wir verlieren weiter an gesellschaftlicher Verankerung sowie politischer Handlungsfähigkeit nach innen und außen.

All das wirft viele Fragen auf, denen wir uns als Stadtverband zuwenden müssen. Wir wollen diese mit dem vorliegenden Papier anreißen und erste Lösungswege bzw. zukünftige Schritte skizzieren.

In den zahlreichen Gesprächen und Veranstaltungen der letzten Wochen wurde eines klar, es gibt viele Argumente, Gründe und Erklärungsansätze in Bezug auf die aktuelle Situation unserer Partei und zahlreiche potentielle Lösungsansätze und Zukunftswege. Wir müssen all diese Argumente ernst nehmen, uns gegenseitig zuhören und gemeinsam Antworten und Wege finden. Es ist uns bewusst, dass es ein einfaches „weiter so“ nicht geben kann und wir nur solidarisch und mit vereinten Kräften unsere Partei zurück auf Erfolgskurs führen können. In Anbetracht der Krisen des Kapitalismus mit dem anhaltenden gesellschaftlichen Rechtsruck und der tiefen sozialen und politischen Spaltung unserer Gesellschaft, wollen wir uns ein Sachsen ohne eine starke linke Kraft für soziale Gerechtigkeit, Frieden, Weltoffenheit und Demokratie nicht vorstellen.

Hier werden wir ansetzen. Bereits begonnene Veränderungsprozesse müssen auf ihre Richtigkeit geprüft und unterstützt oder korrigiert werden. Dabei brauchen wir weiterhin frische Ideen und neue Wege. Jede* ist willkommen mitzudenken und mitzutun. Intensiv und schnell müssen wir an der inhaltlichen und strategischen Ausrichtung unserer Partei arbeiten mit einem Ergebnis, das uns zu neuer Stärke und nachhaltiger Präsenz als linke Kraft in der Gesellschaft führt.

Dabei werden wir eigene Wege als Stadtverband beschreiten und uns intensiv an den parallel auf

Landes- und Bundesebene laufenden Prozessen beteiligen.

Konsequenz

Ein Hauptproblem ist das fehlende Vertrauen in die Politik. Dies entsteht unter anderem durch intransparentes und undurchsichtiges Handeln, fehlende Glaubwürdigkeit und die große Distanz zwischen den Menschen und den sie abstrakt repräsentierenden Abgeordneten.

In den gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre haben sogenannte Rechtspopulisten genau in diese Kerbe geschlagen und trafen dabei auf ein nahezu reaktionsunfähiges und träges Parteiensystem.

Erinnern wir uns, wie zum Beispiel die CDU im Landtagswahlkampf für mehr Polizist*innen und Lehrer*innen getrommelt hat, obwohl sie jahrzehntelang Personalabbau betrieben und somit den Fachkräftemangel selbst organisiert hat. Wer so mit den Bürger*innen umgeht, braucht sich über politische Frustration nicht wundern.

Aber fassen wir uns als sächsische LINKE doch lieber erstmal selbst an die Nase. Auch DIE LINKE landete, trotz 30 Jahren konstruktiver Daueropposition in Sachsen, in der Schublade einer etablierten Partei, die zu notwendigen Veränderungsprozessen nicht mehr in der Lage sei. Ein Umstand auf den wir bis heute keine richtige Antwort gefunden und als Partei und Fraktion in den letzten Jahren eher wie ein manövrierunfähiger alter Tanker reagiert haben.

Beispielsweise wird uns oft vorgeworfen, wir hätten gute Ideen, aber könnten diese ja eh nicht umsetzen. Auch in den Wahlkämpfen dieses Jahr kamen immer wieder Sätze wie „Ich habe euch schon paar Mal gewählt, doch Hartz IV gibt es immer noch...“ Natürlich haben die Personen zunächst einmal Recht. Doch auch wir haben es uns wahrscheinlich zu einfach gemacht und diese Fragestellung mit einem „Uns haben halt nicht genug gewählt“ abgetan. Jedoch, welche Erwartungshaltung steckt in dem Satz? Veränderung!

Also müssen wir darum kämpfen, wieder als handlungs- und durchsetzungsfähige Kraft wahrgenommen zu werden, die Dinge auch verändern kann.

Das beste Beispiel sei wohl der Mindestlohn. Nicht die Sozialdemokratie hat die maßgebliche Debatte dazu angestoßen und jahrelang am Laufen gehalten, sondern DIE LINKE, die im Endeffekt jahrelang für die maßgebliche Debatte dazu sorgte.

In Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, als Sprachrohr für die Beschäftigten in diesem Land. Doch wer stand am Ende als Held dessen da? Die SPD.

Die Konsequenz, darauf aufmerksam zu machen, was wir durch den ständigen Druck als LINKE bewegen, ist uns abhandengekommen. Wahrscheinlich war die strategische Ausrichtung des

Bundestagswahlkampfes mit dem klaren Ziel „Mindestlohn!“ auch ein nicht zu unterschätzender Beitrag zum Wiedereinzug in den Bundestag 2005.

#wastun

Was wir also brauchen ist mehr Konsequenz. Konsequenz in der Aufstellung von Forderungen, in der Durchsetzung dieser und, vor allem, in der Kommunikation, auch wenn wir Ziele damit erreicht haben, dass andere sie beschließen.

Zudem können diese umgesetzt werden, indem wir grundsätzliche Fragen, wie zum Beispiel der nach Frieden und sozialer Gerechtigkeit, wieder öfter stellen und uns nicht mehr nur von den Themen parlamentarisch treiben lassen, die andere anstoßen.

Gerade wir als LINKE müssen uns im Klaren darüber sein, dass parlamentarischer Druck allein uns weder stark macht, noch wirklich die Verhältnisse ins Wanken bringen wird. Wir wollen eine „Partei in Bewegung“ sein und dürfen so die parlamentarische Arbeit nicht zum Selbstzweck werden lassen. Ohne Protest und Engagement vieler Menschen wird es keinen grundlegenden Wandel in der Politik geben. Das trifft auf die soziale Frage, die Friedensfrage, die ökologische Frage und die Frage der Demokratisierung in gleichem Maße zu. DIE LINKE muss die Unterstützerin, Begleiterin und parlamentarische Stimme solcher Protestbewegungen sein. Es ist dabei unsere Aufgabe, die Distanz zwischen Parlament und Straße wieder zu verringern. Denn wie die globalisierungskritische Bewegung, die Proteste gegen Hartz IV und die Friedensbewegung gezeigt haben, erwächst genau aus dieser engen Verzahnung unsere Stärke und Vertrauen in unsere Politik. Wir kämpfen eben nicht für miese Kompromisse und persönliche Karrieren, sondern für die Umsetzung unserer Ziele.

Ein Teil von Konsequenz ist es ebenfalls, öffentlichkeitswirksame Projekte über eine längere Dauer umzusetzen. Pressemitteilungen oder ein Flyer allein reichen nicht mehr aus. Das zeigt die Erfahrung. Der Bereich sozialer Medien muss viel stärker mitgedacht und die stetige kommunikative Interaktion den Menschen dauerhaft ermöglicht werden.

Haltung

In der Diskussion um mehr Konsequenz geht die Frage der Haltung selbsterklärend mit ein. Was sind unsere Grundhaltungen? Wie setzen wir diese Grundhaltungen in konkreten Beispielen und Problemlagen um? Wie werden grundsätzliche Handlungsfragen in der alltäglichen Arbeit unserer Partei sichtbar? Wir müssen linke Lösungen anbieten, die in großen Teilen der Bevölkerung

akzeptiert sind. Gleichzeitig gilt es, die Scheinalternativen rechter Ansätze aufzudecken und die Ursachen des Erstarkens dieser Kräfte im Feld der neoliberalen Systemparteien zu entdecken. Damit einhergehend müssen wir uns selbstkritisch die Frage stellen, warum wir die Unzufriedenen zum Teil an rechte Parteien verlieren.

Ein Beispiel für einen falschen Politikansatz ist die Zustimmung zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum. An sich ist die innere Sicherheit ein Teil der sozialen Sicherheit. Deshalb muss sie auch Teil linker Politik sein. Wenn DIE LINKE jedoch solch einem ungeeigneten Konzept zustimmt, unter der Erklärung, es gäbe nun mal ein diffuses Unsicherheitsgefühl, geben wir eine wichtige Grundhaltung auf. Dann liegt es aber auch an uns, konkrete Forderungen zu stellen, wie die Sicherheitslage tatsächlich verbessert werden kann. Wenn wir die passenden Konzepte finden, vermeiden wir damit nicht zuletzt schädlichen öffentlichen Streit über unseren Kurs. Nicht erst nach Beschlüssen in den Parlamenten und Räten darf die Diskussion beginnen, sondern muss vorbeugend zwischen Fraktionen und Partei(-basis) geschehen.

Ebenso werden grundsätzliche Themen von uns nicht mehr strategisch komplett gedacht. Beispiel: Die Forderung nach einem demokratischen Sozialismus ist richtig. Doch die Umsetzung im Landtagswahlkampf war eher schwach. Wer kann überhaupt erklären, was genau wir damit meinen? Wo waren die inhaltlichen Auseinandersetzungen, wie wir uns einen demokratischen Sozialismus konkret vorstellen? Und zu alledem: Wo war die Strategie? Das reine Plakatieren einer so umfassenden Forderung, ohne dies in der vorangegangenen Legislaturperiode strategisch in Kommunikationspläne einzubeziehen, reicht nicht aus, um glaubwürdig zu sein.

#wastun

„Meckern allein reicht uns nicht“ – diese Grundhaltung muss wieder mehr ankommen. Wir können Missstände nicht nur erkennen und aufzeigen, sondern sind in der Lage, neue Ideen und Konzepte zu entwickeln, ohne den Forderungen anderer Parteien hinterherzurrennen oder zu verzweifeln.

Das kann zum Beispiel geschehen, indem wir unsere Grundsatzpositionen mehr in den Zusammenhang von alltäglicher Politik stellen. Dies kann Gelingen, wenn möglichst viele Genoss*innen aus Basis und Vorstand in uns nahestehenden Vereinen, Initiativen und Verbänden aktiv werden. Wir müssen wieder näher an die Lebenswelten und Probleme der Menschen herankommen, um darüber diskutieren und daraus politische Handlungsansätze entwickeln zu können.

Die Arbeit von Fraktion und Partei kann nur gleichberechtigt und gemeinsam geschehen. Wir wollen die Zusammenarbeit verbessern, wozu es mehr Diskurs und vor allem mehr Kommunikation braucht. Diese Aufgabe zu bewältigen und beispielsweise das neue Arbeitskreismodell unserer Stadtratsfraktion zu unterstützen, wird aus unserer Sicht eine der zentralsten für den neuen Stadtvorstand. Der Ansatz einer ständigen Vertretung und mehr Diskussion zwischen Initiativen, Vorstand und Fraktion soll uns zu mehr Stabilität führen, Entscheidungsprozesse transparenter machen und schlussendlich wieder zu mehr Verankerung in der Zivilgesellschaft führen. Ein weiterer Gewinn kann und muss sein, dass LINKE wieder als Vordenker für die zentralen Fragen des aktuellen Zeitgeistes gesehen werden.

Mit unserer immer wieder aufkommenden Forderung nach mehr (politischer) Bildung beispielsweise, werden wir schon als Vordenker wahrgenommen, denn zu dieser Einsicht sind viele andere Parteien noch nicht gelangt. Nur muss es uns auch mit Hilfe der genannten Umsetzungsmöglichkeiten mehr gelingen, diese Forderungen verständlicher und konsequenter zu transportieren.

Auftreten

All das, was wir fordern und was wir denken, ist am Ende nur so gut, wie wir es in die Gesellschaft transportieren können. Mit zunehmender Polarisierung in einzelnen Themenbereichen wird eine sachliche Auseinandersetzung immer schwieriger. Unser Auftreten kommuniziert am Ende aber auch, wie betroffen wir von etwas sind. Können wir authentisch die Betroffenheit von finanziell schwachen Menschen transportieren? Sind wir in der Lage, die aktuellen Problemlagen von abhängig Beschäftigten nachzuvollziehen und mit ähnlicher Emotionalität rüberzubringen? Wir behaupten; Nein. Diese Fähigkeiten sind uns abhandengekommen. Unser Auftreten zeugt viel mehr zunehmend von moralischer Überlegenheit und Angepasstheit. Wir haben uns unreflektiert auf früheren Erfolgen ausgeruht und nach den moderaten Verlusten der letzten Jahre, den Status quo unserer Politik verwaltet. Die Versuche auf Stadt- und Landesebene solche Mechanismen aufzubrechen, haben bisher kaum Früchte getragen. Zudem bleiben Inhalte und Themen zu oft in der Rolle innerparteilicher Selbstvergewisserung stecken. Es gelingt uns oft nicht mehr ausreichend, unsere Inhalte in konkrete vermittelbare Politik umzusetzen.

Politische Kampagnen sollten Themen, Persönlichkeiten und lokale/ regionale Identitäten zukünftig stärker miteinander verknüpfen und, wenn möglich, zielgruppenspezifisch ausgerichtet werden.

Auch was die Sprache von Vertreter*innen unserer Partei angeht, müssen wir neue Ideen

entwickeln. Als LINKE sind wir naturgemäß bedacht, Dinge sachlich und differenziert zu diskutieren und zu bewerten. Wir vergessen dabei allerdings, dass in einer immer schneller werdenden Welt so unsere Meinungen untergehen und einfache Antworten scheinbar zeitgemäßer sind. Mit einfachen Antworten meinen wir allerdings nicht, Dinge nicht mehr differenziert zu betrachten, sondern uns neue Konzepte einfallen zu lassen, wie wir es transportieren können. Ein Allheilmittel können auch wir dafür nicht liefern, doch sollte uns dieses Problem stärker bewusst werden und in die tägliche Auseinandersetzung einfließen.

#wastun

Wir müssen radikaler sein in Haltung, Handeln und Auftreten. Radikal sein heißt dabei nicht kompromisslos oder dogmatisch zu sein. Es heißt, an die Wurzeln eines Problems zu gehen [Kommt von radix=Wurzel]. In allen Bereichen der heutigen Politik liegt das Grundproblem in der Herrschaft des Profits. Diese ist aber Merkmal einer kapitalistischen Gesellschaft. Ob soziale Frage, Frieden, Ökologie oder Demokratie: Das Grundproblem heißt Kapitalismus. Das ist heute so offensichtlich wie lange nicht: Seit es den „real existierenden Sozialismus“ und mit ihm keine Systemkonkurrenz mehr gibt, zeigt der Kapitalismus wieder deutlich sein wahres Gesicht. An antikapitalistische Stimmungen in der Bevölkerung müssen wir stärker, aber auch realistisch anknüpfen – eine herausfordernde Aufgabe, der wir uns alle stellen müssen!

Ebenso müssen wir in unserem Auftreten unser Selbstbewusstsein stärken. Durch eine stetig wieder besser werdende Verankerung in der Zivilgesellschaft kann und muss auch unser Selbstbewusstsein gestärkt werden. Wir sind die Einzigen, die Fragen wie Klimaschutz sozial gerecht und konsequent denken. Wir sind die Einzigen, die Antifaschismus konsequent umsetzen und wir sind die Einzigen, die die Forderung nach Frieden niemals aufgeben werden. All das sind zentrale Themen, die wir mit entsprechend klarem Sprachgebrauch und klarem Handeln selbstbewusster und stärker nach außen tragen müssen.

Ebenso geht dem einher, dass in Folge dessen nur wir es sein können, die für die Stabilität und Sicherheit sorgen können, die die Menschen zu einer selbstbestimmten Lebensführung brauchen. Wir schaffen es, genau diese Fragen zu Ende zu denken und nicht mit Hau-Ruck-Aktionen für Stimmung zu sorgen. Nur mit einer linken Idee von der Bekämpfung von Straftaten können diese auf lange Sicht verhindert werden. Nur mit einer linken Idee von Solidarität und Integration können Gräben überwunden und soziale Probleme gelöst werden, ehe sie in Kriminalität umschlagen. Nur mit unseren Konzepten von Mitbestimmung in Betrieben können Ängste in der

Arbeitswelt bekämpft werden und Stabilität für die Kolleg*innen umgesetzt werden. All das gehört zu einem neuen, modernen Auftreten linker Politiker*innen. Vieles davon ist uns abhandengekommen. Doch verloren ist noch nichts. Wir werden wiederkommen. Stark, selbstbewusst und mit der stetigen Haltung, konkrete Dinge verändern zu wollen.

Handlungsfähigkeit

Die Anzahl der Mitglieder in unserem Stadtverband nimmt trotz stetiger Neueintritte weiter ab. Vor allem die Zahl derer, die die Zeit und Kraft haben, sich ehrenamtlich intensiv in die Parteiarbeit einzubringen, ist weiter stark rückläufig. Gleichzeitig gelingt es uns nicht ausreichend, neue Mitglieder in die Parteiarbeit einzubinden. Auch um die Handlungsfähigkeit unser Ortsverbände ist es trotz unermüdlichen Engagements der Genoss*innen nicht gut bestellt, zumal die gleichmäßige Einbindung aller Generationen vor Ort nicht gelingt.

All das wirkt sich trotz zahlreicher Diskussionen und Gegenmaßnahmen in den letzten Jahren negativ auf unsere Handlungsfähigkeit als Organisation aus, auch wenn es uns durch den hohen persönlichen Einsatz vieler Beteiligter im Wahljahr 2019 gelungen ist, gute Wahlkampagnen auf die Straße zu bringen.

Der Rückgang der Mitgliedschaft und Handlungsfähigkeit spiegelt sich letztendlich auch in der finanziellen Situation des Stadtverbandes wider, die zunehmend schwierig wird. Wahlkämpfe werden teurer und Einnahmen gehen zurück. Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen, weil gerade die älteren Genoss*innen durchschnittlich deutlich höhere Beiträge zahlen, als die jüngeren.

Vor allem bei den Mitgliedern unter 60 wird unser Frauen*anteil immer kleiner, was einerseits kein gutes Zeichen für die politische Kultur, Arbeitsweise und Außenwirkung unserer Partei ist und uns andererseits zunehmend vor Probleme stellt, die eigenen Ansprüche an Geschlechtergerechtigkeit zu erfüllen (Überlastung der Frauen* in der Parteiarbeit einerseits und deren Unterrepräsentation andererseits).

In Folge dieser inneren Situation ist auch unsere Präsenz und Verankerung in Stadtteilen, Vereinen und Initiativen rückläufig, auch weil die Vielschichtigkeit zivilgesellschaftlicher Aktivitäten und Gruppen deutlich zunimmt.

#wastun

Neben einer klaren inhaltlichen Neuaufstellung und Verbesserung unserer politischen Arbeit und Darstellung nach außen, werden wir in den nächsten Jahren alle Strukturen, Arbeitsweisen und

Ausgaben auf den Prüfstand stellen müssen.

Begonnene Prozesse wie die Neukonzeption der Öffentlichkeitsarbeit des Stadtverbandes müssen dabei fortgesetzt werden. Um langfristig Mietausgaben zu senken und dennoch öffentlich präsent und ansprechbar zu sein, wird der Stadtverband zusammen mit den Mandatsträger*innen ein Konzept zu den von uns genutzten und zukünftig zu nutzenden Räumen erarbeiten, über eine Konzentration der Bürostandorte nachdenken und die Nutzung der eigenen Immobilie am Rosenplatz auf den Prüfstand stellen. Ziel muss es hier sein, eine barrierefreie und möglichst zentrale Erreichbarkeit der Partei sicherzustellen, eine nachhaltige Kostenminimierung zu erreichen und die Möglichkeit zu schaffen Räume für Veranstaltungen und Arbeitstreffen nutzen und anderen zur Verfügung stellen zu können. Eine langfristige Finanzplanung und kritische Prüfung aller laufenden Ausgaben wird der neue Stadtvorstand 2020 erarbeiten.

Seit vielen Jahren diskutieren wir über die Strukturen unserer Ortsverbände und haben dabei viele Veränderungen vorgenommen, die aber in ihrer Kleinteiligkeit noch nicht die gewünschten Ergebnisse erzielt haben. Deshalb wird der Stadtverband bis Ende 2021 eine Neuordnung der Gliederungen und Strukturen innerhalb des Stadtverbandes vornehmen und zur Gesamtmitgliederversammlung 2020 ein entsprechendes Konzept vorlegen.

Sicher ist dieses Papier keine vollständige Aufzählung der Problemlagen, die die LINKE heutzutage hat und auch keine ausführliche Analyse der Ursachen für unsere aktuellen Wahlergebnisse. Doch es soll Anstoß sein, alte Strukturen im Stadtverband zu hinterfragen und neue Formen von Politikmachen anzugehen.

Bericht zur Arbeit des Stadtvorstandes in der Wahlperiode 2017 – 2019

In unserer ersten Klausur im Februar 2018 hatten wir Zielsetzungen für unsere Arbeit besprochen und festgelegt. Nun wollen wir Resümee ziehen. Vorweg ist zu sagen: Manches ist gelungen, mit anderem sind wir gescheitert. Die Arbeit war stark durch äußere Ereignisse geprägt und in Anspruch genommen.

Schwerpunkt unserer Arbeit stellte die Vorbereitung der Wahlen im Jahr 2019 dar, dem musste sich Vieles unterordnen. Weitere wichtige Themenfelder des Vorstandes waren die geplante Neuausrichtung der Mitgliederarbeit sowie der Öffentlichkeitsarbeit des Stadtverbandes.

Mit breitem Podium haben wir die Zukunftsstrategie Chemnitz 2030 vorbereitet. Die Ergebnisse der Zukunfts- und Basiskonferenzen aus den Jahren 2015/16 wurden dafür fixiert und weiterbearbeitet. Ganz nah an den Bürger*innen waren wir mit unserer Umfrage zur Betrachtung der Lebensqualität in unserer Stadt. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse konnten auf der Sommer-Tour 2018 durch die Stadtteile vertieft werden. Danach wurden in öffentlichen thematischen Workshops, z.B. zu Jugend, Sicherheit, Ökologie usw., konkrete Vorstellungen zu einer linken Politik in der Stadt Chemnitz formuliert. Auf der Grundlage des Beschlusses zur „Zukunftsstrategie Chemnitz 2030“ und der Hinweise und Forderungen der Chemnitzer*innen sowie, nicht zuletzt, der positiven Ergebnisse der Arbeit unserer Stadtratsfraktion konnte ein realistisches Wahlprogramm zu den Kommunalwahlen erarbeitet werden. Bei der personellen Vorbereitung der Kommunalwahl ist es uns gelungen, die alte Idee offener Listen neu zu beleben. Wir konnten so viele neue und z.T. parteilose Kandidierende für uns gewinnen und damit unser Angebot an Persönlichkeiten, Berufserfahrungen und Lebenswelten deutlich erweitern. Fast gleichzeitig beschäftigten wir uns mit der Vorbereitung der Landtagswahlen. Dies stellte eine große Herausforderung für alle Aktiven, ob nun vom Vorstand selbst, aus den Ortsverbänden, aus der Stadtratsfraktion und natürlich den Kandidierenden, in Form von Belastung bis an die psychische und physische Leistungsgrenze dar.

Doch wir haben innovative Wahlkämpfe 2019 geführt. Im Ergebnis des Kommunalwahlkampfes sind 4 parteilos angetretene Kandidierende in die Partei eingetreten und wir konnten den Stadtrat von Die Partei für eine Fraktionsgemeinschaft gewinnen.

Den vielfältigen Herausforderungen im Lichte der „Chemnitzer Ereignisse“ vom Sommer 2018 haben wir uns gestellt, intensive Öffentlichkeitsarbeit betrieben, antirassistische und

antifaschistische Aktionen und Strukturen unterstützt, uns maßgeblich am Krisenmanagement sowie am öffentlichen Diskurs beteiligt. Das ganze letzte Jahr stand damit politisch im Schatten rassistischer Mobilisierung und der damit verbundenen tiefen gesellschaftlichen Spaltung unserer Stadtgesellschaft. Auch für wichtige Daten wie den 1. Mai und 1. September waren damit die Rahmenbedingungen gesetzt. Maßgeblich konnte die LINKE in den Auseinandersetzungen nach den Ereignissen Anstöße zu deren Bewältigung geben.

Auch für die Bewegung „Fridays for Future“ wurde logistische und personelle Unterstützung geleistet. Positiv ist hervorzuheben, dass DIE LINKE Teilnehmerin bei vielen Initiativen war und gegenwärtig ist, auch wenn die Ansprüche außerparlamentarischer Gruppen anderer Initiativen mit unseren Kräften nicht immer zu erfüllen sind bzw. an manchen Stellen eine größere Breite und Sichtbarkeit unserer Teilhabe an zivilgesellschaftlichen Aktivitäten wünschenswert wäre. Es wurden gute Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit Fraktion, AGs, Gewerkschaften und dem AJZ durchgeführt.

Als besondere Herausforderung haben wir die Vorbereitung von vier Parteitagen innerhalb von drei Monaten ehrenamtlich gestemmt. Es zeigte sich, dass die Kampagnenfähigkeit unseres Stadtverbandes eingeschränkt ist und auch im Wahlkampf sich die Arbeit auf wenige Schultern verteilte. Für die Erarbeitung unseres Kommunalwahlprogramms konnten jedoch viele Gruppen aktiviert werden. Es fehlte aber an Angeboten systemkritischer Bildung. Einige der in unserer Wahlstrategie beschriebenen Zielgruppen, wie z.B. die lohnabhängig arbeitende Bevölkerung haben wir trotz aller Ziele und Aktionen nicht im gewünschten Maß erreicht.

Auch in der Phase des Landtagswahlkampfes haben wir uns immer wieder gefragt, wie Mitgliedschaft und darüber hinaus Menschen motiviert und aktiviert werden können. Der Weg über konkrete Wahlteams zur Unterstützung der drei Kandidierenden hat sich als erfolgreich erwiesen, auch wenn nicht die erhofften Wahlergebnisse zustande kamen. Kritisch muss jedoch der Umstand betrachtet werden, dass die Ortsverbände dadurch unsicher in Wahrnehmung und Durchführung ihrer Rolle im jeweiligen Wahlkreis reagierten.

Auf der Habenseite ist sehr erfreulich, dass wir im Zuge des Wahlkampfes Neumitglieder gewinnen konnten. Nachdem sich der Vorstand 2018 mit der Neuaufstellung der Neumitgliederbetreuung schwergetan hat, arbeitet die AG Mitgliederleben mit Basisunterstützung inzwischen kontinuierlich. So finden seit Januar 2019 wieder regelmäßig Neumitgliedergespräche statt. Zudem konnten in der Legislatur drei Neumitgliedertreffen und zwei Veteran*innenveranstaltungen

durchgeführt werden. Beides wird von unseren Genoss*innen sehr gern angenommen. Insgesamt stellen wir aber fest, dass es weiterhin schwierig ist, Neumitglieder für die Partei zu werben und dann zu halten bzw. in vorhandene Strukturen einzubinden.

Die Strukturen der Ortsverbände funktionieren nur noch teilweise. Die Aktivierung der Ortsverbände und der Parteimitglieder ist uns nicht in ausreichendem Maße gelungen.

Der Kontakt mit den AG_IG wurde aufgrund deren Teilnahme an den Beratungen mit den Ortsverbandsvorsitzenden und gemeinsamer Beratungen intensiver, wobei noch Luft nach oben ist. Die Idee einer Finanzrichtlinie für die AG_IG haben wir bisher nicht weiterverfolgt, so dass jährliche Anträge im Einvernehmen abzustimmen sind – wie derzeit für 2020 – hier möchten wir gern ins Gespräch kommen.

Die Arbeit ausgeschiedener Mandatsträger wurde gewürdigt. Traditionsarbeit wurde fortgesetzt, so dass zu vielen Anlässen Veranstaltungen organisiert oder mitgestaltet worden sind – 5. März, 8. März, Ostermarsch, 1. Mai, 200. Geburtstag von Karl Marx, 8. Mai, Internationaler Tag gegen Homophobie, Weltflüchtlingstag, CSD-Christopher Street Day, 1. September, Tag der älteren Menschen, Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen* und Mädchen, 100 Jahre Frauenwahlrecht, 100 Jahre Novemberrevolution, 100 Jahre KPD, Ehrung von Ernst Enge, Fritz Heckert, Ernst Schneller und Ernst Thälmann.

Das Rathaus als Veranstaltungsort und Pfeiler unserer Struktur wird derzeit finanziell durch den Stadtverband unterstützt.

Wo sind wir auf der Strecke geblieben?

Auf aktuelle Ereignisse haben wir nicht ausreichend schnell öffentlich Position bezogen. Zu oft verdrängten Feuerwehraufgaben andere wichtige Vorhaben.

Die bisher vergebliche Vorbereitung des Aufzugsbaus am Rosenplatz hat viel Kraft gekostet. Überhaupt sind die Diskussionen über die Räumlichkeiten der Partei weiter zu führen. Für unsere Parteiarbeit und den Kontakt zu Abgeordneten steht nach wie vor kein barrierefreies Büro zur Verfügung.

Für das Ende des „Klaren Blick“ haben wir Alternativen vorgedacht und mit der Erarbeitung eines schlüssigen Konzeptes begonnen. Die Neuausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit, auch eines der zentralen Themen zu Beginn der Wahlperiode, ist uns nur zum Teil gelungen. In den Wahlkämpfen

2019 wurde zwar die Nutzung sozialer Netzwerke unter Zuhilfenahme auch externen Sachverständigen intensiviert und auf breite Schultern verteilt. Ein kontinuierlicher Aufbau von Reichweite und die Entwicklung klarer Kommunikationsstrategien und ihre dauerhafte Organisation, sind uns allerdings noch nicht gelungen. Hier sollten im Vorstand und im Stadtverband insgesamt weitere Kompetenzen aufgebaut werden.

Die Funktion einer Kreisgeschäftsführer*in im Ehrenamt zu besetzen, ist uns nicht gelungen. Aufgaben der einzelnen Vorstandsmitglieder, insbesondere der jugendpolitischen Sprecher*in konnten nicht klar umrissen werden. Die eigene Weiterbildung ist zu kurz gekommen. Auch methodische Grundlagen fehlen, wie wir an unsere Wähler*innenzielgruppen herankommen.

Zu selten haben wir als Team funktioniert.

Fazit:

Nun wurde dargestellt, was hätte anders laufen müssen. Einige Ideen zur besseren Bewältigung der vielfältigen Problemstellungen haben wir schon für die Arbeit des künftigen Stadtvorstandes.

Die Zusammenarbeit zwischen Stadtvorstand und Fraktion ist weiter zu verbessern. Öffentlichkeitsarbeit muss als strategische Aufgabe für die Zukunft gesehen und vor allem bezüglich der Onlinekommunikation und sozialen Medien verbessert werden. Besser und schneller muss auf aktuelle Themen reagiert werden. Tagesaufgaben und perspektivische Anforderungen sollen einheitlich betrachtet werden. Unsere Präsenz in außerparlamentarischen Gruppen müssen wir aufrechterhalten und ausbauen. Unser Ziel ist die Verankerung in der Gesellschaft, also auch in Kleingartenvereinen, Feuerwehr, Sportvereinen usw. Die Sichtbarkeit der LINKEN in der Stadt müssen wir erhöhen und die Büros von Partei und Abgeordneten zu bekannten und mit Leben erfüllten Adressen machen.

Essentiell ist es, unbedingt mehr Menschen zu aktivieren. Die Integration der Neumitglieder muss uns besser gelingen. Möglichkeiten sehen wir in einer erweiterten Ortsvorsitzenden-Beratung unter Einbeziehung der AG_IG und aller interessierter Mitglieder. Außerdem sollten wir versuchen, die Parteitage für alle attraktiver zu gestalten. Die Erfahrungen der Genoss*innen müssen noch stärker gewürdigt werden. Dazu sehen wir eine Chance, wenn unsere Strukturen neu aufgestellt werden. Ziel muss es sein, dass die unterschiedlichen Teile der Partei zusammenwachsen, dabei durchaus über strittige Themen diskutieren – dafür gilt es Formate zu finden. All das ist mit ganz viel Kommunikation in die Partei möglich. Die Kommunikation nach innen und außen ist dafür zwingend klarer und offener zu gestalten.

Maßgeblich für das Gelingen ist ein funktionierender Vorstand als Team nach dem Motto „alle für alle“. Dafür braucht es teambildende Maßnahmen mit dem klaren Ziel von mehr Eigenverantwortung, hohem Verantwortungsbewusstsein, Transparenz allen gegenüber, Gleichbehandlung, Ehrlichkeit und Selbstkritik. Die Fäden der Verantwortung laufen bei der Vorsitzenden* zusammen, von der* klare Vorgaben und Anweisungen erwartet werden. Aus dem geschäftsführenden Vorstand und den Arbeitsgemeinschaften des Stadtvorstandes heraus sind Aufgaben konkret zu delegieren.

Weiterhin bedarf es einer klareren Aufgabenverteilung, nach welcher jedes Mitglied konkrete Aufgaben hat, nicht „alle Alles oder wenige Alles“ machen. An den Aufgaben muss zuverlässig drangeblieben werden und sie müssen bis zu Ende geführt werden. Messbare Ansprüche an die klaren Arbeitsprofile sowie Kontrollmöglichkeiten sind zweckmäßig. Zum Beispiel könnte neben der Vorsitzenden* eine Kreisgeschäftsführer*in agieren und die Erfüllung aller Arbeitsprofile kontrollieren. Mit den Vorstandsaufgaben übernimmt jede und jeder eine persönliche Verantwortung für deren Umsetzung, die nicht kurzfristig abgegeben oder abgesagt werden kann.

Nach der weitreichenden personellen Erneuerung des Vorstandes zur letzten Wahl sind viele in den letzten Jahren begonnenen Wege fortgesetzt und manch Neues ausprobiert worden. Dabei gibt es, wie hier dargestellt, natürlich noch viele Entwicklungspotentiale, die auch unter den strukturell und politisch schwierigen Verhältnissen der Gegenwart weiter ausgeschöpft werden müssen. Wenn wir DIE LINKE auch in Chemnitz weiterentwickeln, können wir dafür sorgen, dass wir eine gesellschaftlich relevante und wirkungsmächtige politische Kraft bleiben bzw. wieder werden. Dabei müssen wir unseren Wurzeln treu bleiben und uns dennoch immer wieder neu erfinden. Der nächste Stadtvorstand hat die anspruchsvolle und spannende Aufgabe den begonnenen Weg weiter zu gehen und dabei weitere Weichen neu zu stellen. Wir müssen Prozesse dabei stärker strukturieren, Zusammenhalt, Kommunikation und Aktivierung verbessern und die inhaltliche Arbeit und den politischen Output stärken.

Übersicht über Gliederung im Stadtverband

(Stand: 10.10.2019)

Gliederung	Mitglieder
* Eintritt erklärt	20
050 0109 Stadtzentrum	48
050 0112 Mitte-Brühl	22
050 0301 Ost	33
050 0303 Hilbersdorf-Ebersdorf	29
050 0403 Sonnenberg	33
050 0404 Süd-Ost Lutherviertel-Bernsdorf	87
050 0501 Yorckgebiet-Euba-Humboldthöhe	28
050 0508 Gablenz-08	11
050 0509 Gablenz-09	5
050 0510 Hans-Beimler-10	15
050 0514 Hans-Beimler-14	9
050 0515 Hans-Beimler-15	5
050 0520 Adelsberg	4
050 0801 Fritz-Heckert	80
050 0910 Mitte-Süd Kap.berg-Helbersdorf	81
050 1006 Mitte-West Kb.Aldt.Rottl.Schlo	111
050 1109 West Grü.Mib.Rei.b.Rab.Siegm	42
050 1303 Nord-Borna-Heinersd.-Glösa-Wido	27
050 1404 Bahn	7
050 1414 TU	12
Gesamt	709

Darüber hinaus arbeiten im Stadtverband folgende Zusammenschlüsse:

(Stand: 10.10.2019)

(alphabetische Reihenfolge):

AG betrieb & gewerkschaft

AG Cuba Si

AG Lisa

AG Ökologie & Verkehr

AG Politische Bildung

AG Senioren- und Behindertenpolitik

IG Frieden, Gerechtigkeit, Solidarität

Kommunistische Plattform

Liebknecht Kreis Chemnitz

Darüber hinaus wirken beim Stadtverband:

linksjugend ['solid]

Hochschulgruppe DIE LINKE. SDS